

Aktien*					
Markt	Schlussstand	% Diff.	Markt	Schlussstand	% Diff.
USA: INDU	8511	0,92	Italien: MIB30	24391	1,17
USA: SPX	896	0,70	Schweiz: SMI	4769	-1,63
Nasdaq: CCMP	1363	0,46	Japan: NKY	8407	-1,28
Brasilien: IBOV	11490	8,76	Hongkong: HSI	9629	-1,03
Mexiko: MEXBOL	6130	0,27	Thailand: SET	350	-1,74
Großbritannien: FTSE100	3901	0,59	Malaysia: KLCI	638	0,92
Euro Stoxx 50: SX5E	2448	0,78	Singapur: STI	1337	-2,20
Deutschland: DAX	3006	-2,32	Taiwan: TWSE	4596	0,16
Frankreich: CAC	3085	0,27	Korea: KOSPI	709	0,19
Niederlande: CBSG	922	0,58	Manila: PCOMP	1001	-2,85
			Australien: AS30	2979	1,28

Anleihen**			Währungen**		
	Schlussstand	Vorwoche		Schlussstand	Vorwoche
10-J. Gilt	4,49	4,52	US\$/Br. Pfd.	1,60	1,59
10-J. Oat	4,35	4,39	Yen/US\$	120,4	120,5
10-J. Bund	4,29	4,32	Euro/Br. Pfd.	1,56	1,55
10-J. Japan	0,95	1,01	US\$/Euro	1,02	1,02
30-J. Treas.	4,89	4,95	Yen/Br. Pfd.	193,0	191,5

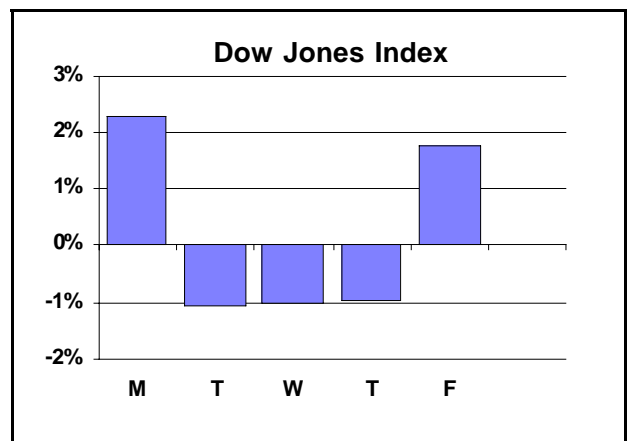
Quelle: Bloomberg, * Kursindex-Stände und -Veränderungen ** Gerundet auf zwei Dezimalstellen

Die wichtigsten Meldungen:

Wachsende politische Spannungen im Nahen Osten trieben die Rohstoffpreise in die Höhe und dämpften die Stimmung der Anleger.

USA

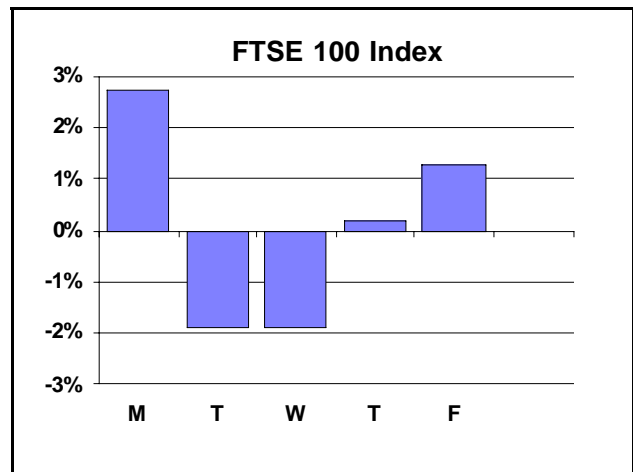
- Die US-Börse beendete die Woche im Plus, wenngleich die Spannungen zwischen den USA und dem Irak die Kursentwicklung bremsten. Am Freitag zogen die Kurse kräftig an, als bekannt wurde, dass eine Reihe von Investmentbanken Geldbußen von zusammen rund 1,4 Mrd. \$ wegen Irreführung von Anlegern durch zu optimistische Aktienbewertungen zahlen werden.
- Die USA warfen dem Irak eine "schwere Verletzung" der UN-Resolution vor, die Bagdad zur vollständigen Offenlegung seiner chemischen, biologischen und atomaren Rüstungsprogramme verpflichtet. Dadurch wuchs die Furcht vor einem unmittelbar bevorstehenden Krieg.
- Der Softwarekonzern Oracle übertraf in den drei Monaten bis Ende November die Gewinn- und Umsatzerwartungen der meisten Beobachter. Eine positive Umsatzentwicklung bei Upgrades für Oracles Datenbank-Software verbesserte die Ertragslage.



- Die Wertpapierhäuser Goldman Sachs, Lehman Brothers und Morgan Stanley übertrafen mit ihren Ertragszahlen die Erwartungen. Die schwierige Geschäftslage im Investmentbanking spiegelte sich im vierten Quartal jedoch in niedrigeren Provisionseinnahmen wider.
- Der Kurs von US-Staatsanleihen fiel, nachdem Notenbankchef Alan Greenspan erklärt hatte, ein "starker Anstieg der Arbeitsproduktivität in Kombination mit reduzierten Steuerzahlungen" habe "sowohl den Einkommen als auch den Ausgaben Schub gegeben".
- Der von dem Forschungsinstitut Conference Board veröffentlichte Index der Frühindikatoren stieg im November so stark wie noch nie in diesem Jahr. Er legte um 0,7 Prozent zu, nachdem er im Oktober nur um 0,1 Prozent gestiegen war. Zum ersten Mal seit Juli wuchs die Industrieproduktion. Der Output von Fabriken, Versorgungsbetrieben und Bergwerken lag im November 0,1 Prozent über dem Vormonatsniveau.

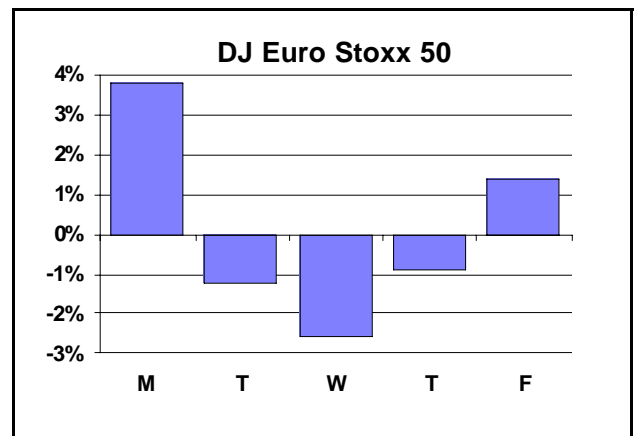
Großbritannien

- Der britische Aktienmarkt beendete die Woche mit einem leichten Plus. Gegen die zweitgrößte britische Bank, die Royal Bank of Scotland, wurde eine Geldstrafe in Höhe von 750.000 £ wegen mangelhafter Vorkehrungen gegen Geldwäsche verhängt. Wie die Finanzdienstleistungsbehörde Financial Services Authority herausfand, hatte die Bank Anfang 2002 bei einer unannehmbar hohen Zahl von Kontoeröffnungen keinen Identitätsnachweis verlangt beziehungsweise die entsprechenden Dokumente nicht aufbewahrt.
- British Sky Broadcasting wurde von der Kartellbehörde (Office of Fair Trading) von dem Vorwurf freigesprochen, gegen Wettbewerbsrecht verstoßen zu haben. Das Unternehmen war beschuldigt worden, seine beherrschende Stellung im Pay-TV-Bereich durch überhöhte Gebühren für Wiederverkäufer zu missbrauchen. Nach Bekanntwerden der Entscheidung stieg der Aktienkurs von British Sky.
- Die größte Telefongesellschaft der Welt, Vodafone, designierte mit Arun Sarin ein nichtgeschäftsführendes Vorstandsmitglied als Nachfolger von Christopher Gent, der für das kommende Jahr überraschend seinen Rücktritt angekündigt hatte.
- Die Inflationsrate stieg im November auf 2,8 Prozent und erreichte damit den höchsten Stand seit vier Jahren. Ein scharfer Preisanstieg bei Schuhen und Bekleidung trug wesentlich dazu bei. Da die Inflationsrate damit die Zielgröße der Regierung von 2,5 Prozent überschritten hat, wuchs die Befürchtung, die Bank of England könnte die Zinsen anheben.
- Die Beschäftigung erreichte im Oktober historische Höchststände, was daran lag, dass Einzelhandel und öffentlicher Dienst in großer Zahl neue Mitarbeiter einstellten. Die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld sank im November um 6.000 auf ein 27-Jahrestief von 934.000. Die Einzelhandelsumsätze verbesserten sich im November um 0,1 Prozent. Der Anstieg fiel jedoch geringer aus als von vielen Ökonomen erwartet.



Kontinentaleuropa

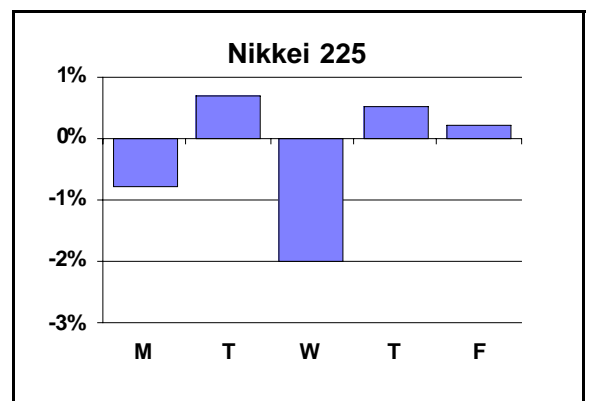
- Die Aktienmärkte in Kontinentaleuropa zeigten sich in der vergangenen Woche in uneinheitlicher Verfassung. Gründe waren unter anderem der Streik im öffentlichen Dienst in Deutschland und wenig erfreuliche Konjunkturdaten.
- Die französische Bank Credit Agricole gab ein offizielles, vorher vereinbartes Übernahmeangebot für ihren kleineren Konkurrenten Credit Lyonnais ab. Vorausgegangen waren dreijährige Verhandlungen zwischen den beiden Banken.



- Der größte Versicherer Europas, die Allianz, überraschte die Märkte mit der Rücktrittsankündigung ihres Vorstandsvorsitzenden Schulte-Noelle. Die Entscheidung fiel einen Monat, nachdem die Allianz mit einem Minus von 2,5 Mrd. € den größten Quartalsverlust ihrer Geschichte gemeldet hatte. Die schlechten Zahlen waren bedingt durch Abschreibungen auf Kapitalanlagen und Verluste bei der Dresdner Bank.
- Der deutsche Bundesregierung kündigte für das kommende Jahr eine Senkung des Haushaltsdefizits auf 2,75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts an. Dieser Wert läge deutlich unter der Obergrenze von 3 Prozent, die der Stabilitätspakt vorschreibt. Um das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bis 2006 zu erreichen, müsste das Wirtschaftswachstum zwischen 2004 und 2006 im Durchschnitt 2,25 Prozent betragen.
- Russlands Handelspartner verständigten sich auf eine Intensivierung der Gespräche über den Beitritt des Landes zur Welthandelsorganisation WTO. Für Präsident Putin ist die Mitgliedschaft in der WTO eines der zentralen Ziele seines Wirtschaftsreformprogramms. Seit Chinas WTO-Beitritt vor einem Jahr ist Russland die größte Volkswirtschaft, die der internationalen Freihandelsorganisation noch nicht angehört.
- In Frankreich sanken die Verbraucherausgaben im November um 1,7 Prozent; das war der stärkste Rückgang seit vier Jahren. In Italien sank das Verbrauchervertrauen sogar auf den tiefsten Stand seit sechs Jahren. Die Umfrage unter 2.000 italienischen Haushalten, die das Forschungsinstitut Isee regelmäßig durchführt, ergab einen Rückgang von 109,7 im Vormonat auf 106,7. Unterdessen verschlechterte sich der Geschäftsklima-Index des deutschen Ifo-Instituts von 87,3 im November auf 87,1 im Dezember und sank damit auf den tiefsten Stand seit 11 Monaten.

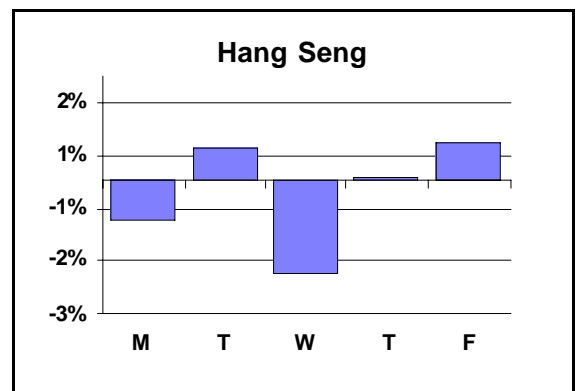
Japan

- Der Topix fiel im Wochenverlauf auf ein 18-Jahrestief. Kursverluste verzeichneten besonders Exportwerte, nachdem der Einzelhandel in den USA Weihnachtsumsätze gemeldet hatte, die unter den Prognosen oder jedenfalls am unteren Ende lagen.
- Die japanische Regierung stufte ihre Einschätzung der Wirtschaftslage im zweiten Monat in Folge herunter. In einer Mitteilung hieß es, die Anzeichen einer Erholung würden schwächer und das Wachstum liege weiter bei etwa null. Ähnlich blieb auch die Bank of Japan bei ihrem düsteren Ausblick.
- Tokio kündigte für das nächste Haushaltsjahr eine Verringerung des Budgets für öffentliche Baumaßnahmen um 3,7 Prozent an. Zudem sollen die meisten Ausgabenposten eingefroren werden, um ein weiteres Anwachsen der Staatsschuld zu verhindern.
- Japans Ministerpräsident Koizumi bekräftigte den Wunsch seines Landes nach Gesprächen mit Nordkorea trotz dessen wachsender internationaler Isolation.



Südostasien

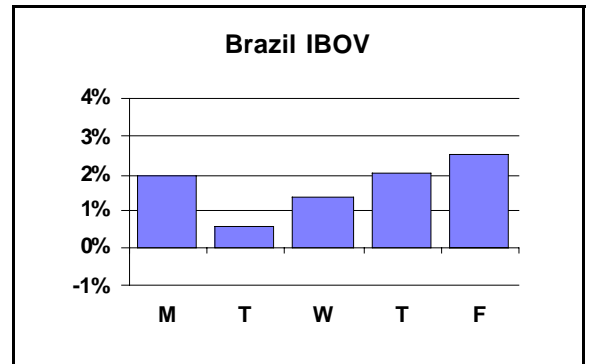
- Die Aktienmärkte im asiatisch-pazifischen Raum boten ein gemischtes Bild.
- Taiwans Ministerpräsident Yu Shyi-kun billigte Pläne, wonach für die nächsten zwei Jahre Gelder in Höhe von bis zu 2 Mrd. \$ für öffentliche Bauprojekte bereitgestellt werden sollen. Taipeh will damit die Konjunktur anregen und die Arbeitslosenquote senken.
- Singapurs Exporte im Nichtölbereich stiegen im November mit einer Jahresrate von 19 Prozent – im Oktober hatte das Plus gegenüber dem Vorjahr 5,7 Prozent betragen. Der starke Anstieg ging vor allem auf das Konto von Computerchips und Arzneimitteln.
- Indiens Regierungspartei, die nationalistisch-hinduistische Bharatiya Janata Party (BJP), errang bei Wahlen im westindischen Staat Gujarat über zwei Drittel der Sitze. Das Ergebnis, ein schwerer Schlag für die oppositionelle Kongresspartei, war der erste bedeutende Sieg der BJP bei Wahlen in einem Bundesstaat seit über vier Jahren.



- Die Regierung Neuseelands stimmte dem Einstieg der australischen Fluglinie Quantas bei ihrem Konkurrenten Air New Zealand mit einer Beteiligung von 22,5 Prozent unter Bedingungen zu. Damit wurde die erste regulatorische Hürde für die Allianz beider Fluglinien aus dem Weg geräumt.

Lateinamerika

- Die Aktienmärkte in Lateinamerika stiegen im Wochenverlauf. Besonders deutlich legten Brasilien und Argentinien zu.
- Die brasilianische Zentralbank erhöhte den Leitzins um 3 Prozentpunkte auf 25 Prozent, um den Inflationsanstieg zu bremsen. Nach der dritten Zinsanhebung in Folge ist der Leitzins innerhalb von drei Monaten um 7 Prozentpunkte gestiegen. Der designierte brasilianische Präsident da Silva erklärte, die zweitgrößte politische Partei des Landes, die Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens, werde an der Regierungsbildung nicht beteiligt sein. Die Ankündigung weckte bei Anlegern Zweifel an der Fähigkeit der neuen Regierung, Reformen durchzusetzen.
- Die Ölpreise stiegen im Wochenverlauf vor dem Hintergrund anhaltender Streiks in Venezuelas Raffinerien. Führende Vertreter von Wirtschaft und Arbeitnehmern hatten zu dem Streik gegen Präsident Chavez aufgerufen, der am 2. Dezember begann. Sie fordern den Rücktritt des Präsidenten. Auf Öl entfallen normalerweise rund 75 Prozent der venezolanischen Exporterlöse und die Hälfte der Staatseinnahmen.



Ausblick:

Die Aussicht auf einen Waffengang im Irak dürfte an den Märkten ein beherrschendes Thema bleiben.

Sofern nicht anders angegeben, stammen alle obigen Daten von Bloomberg. Stand: 20.12.2002. Sofern nicht anders angegeben, sind die auf dieser Seite genannten Ansichten die von Fidelity und dürfen ohne Genehmigung Fidelitys nicht abgeändert werden. Herausgeber: Fidelity Investments Luxembourg S.A., BP 2174, L-1021 Luxemburg. **ICMM179**